

Verkehrswende: bdo fordert bessere Bedingungen für den Reisebus

Artikel vom **14. Oktober 2026**
Service und Dienstleistungen

Der bdo fordert im Tourismusausschuss bessere Rahmenbedingungen für die Bustouristik. Im Fokus stehen geringere Energiekosten, faire Steuern, weniger Bürokratie, praxistaugliche E-Mobilität und eine bessere Einbindung von Reisebussen in Städte und touristische Ziele.



Sachverständige und Abgeordnete bei der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag. (Bild: bdo)

Der Reisebus verbindet Städte und ländliche Räume, erschließt touristische Ziele auch ohne Schienenanschluss und steht für gemeinschaftliche Mobilität. In einer öffentlichen Anhörung des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages zur Bustouristik hat der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) die Lage der mittelständisch geprägten Busbranche eingeordnet und fünf zentrale Forderungen an die Politik formuliert. Ziel ist es, Tourismus und Verkehrswende stärker zusammenzudenken und

den Reisebus in politischen Planungen verlässlicher zu berücksichtigen. Besonders belastend sind derzeit die hohen Kraftstoffpreise. Mehr als 90 Prozent der befragten Bustouristikunternehmen geben an, stark oder sehr stark betroffen zu sein. Gleichzeitig können 60 Prozent der Unternehmen die Mehrkosten bei bereits gebuchten oder angebotenen Reisen nicht weitergeben. Da Busreisen lange im Voraus kalkuliert und verkauft werden, lassen sich steigende Dieselpreise nur schwer ausgleichen. Gefordert werden deshalb gezielte Entlastungen, darunter ein Gewerbediesel für die bestehende Flotte, eine Ausweitung der Energiesteuerentlastung auf Reisebusse und ein bezahlbarer Fahrstrompreis für die Transformation. **Steuern, Bürokratie und Personal als zentrale Baustellen** Neben den Energiekosten sieht der Verband die steuerliche Behandlung des Reise- und Fernlinienbusses als Problem. Während im Schienenpersonenfernverkehr der ermäßigte Umsatzsteuersatz gilt und der Luftverkehr steuerliche Privilegien nutzt, werden Reise- und Fernlinienbusse weiterhin mit dem vollen Umsatzsteuersatz belastet. Die Branche fordert daher den ermäßigten Umsatzsteuersatz auch für diese Verkehrsangebote. Hinzu kommen bürokratische und rechtliche Hürden. Genannt werden unter anderem das papiergebundene Fahrtenblatt und aufwendige A1-Nachweise. Außerdem wird ein rechtlicher Weg für eine sichere Liegendbeförderung in Reisebussen gefordert, etwa für komfortable Angebote auf Nachtverbindungen. Auch der Fahrpersonalmangel und notwendige Investitionen in neue Antriebe belasten die überwiegend mittelständischen Unternehmen. Die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt. Im Gelegenheitsverkehr wurden 2019 noch 77,2 Millionen Fahrgäste befördert, 2025 waren es 46,3 Millionen. Selbst für 2029 erwartet das Bundesamt für Logistik und Mobilität keine Rückkehr auf das Niveau von 2019. Damit bleibt die Erholung der Branche deutlich hinter dem Vorkrisenstand zurück. **E-Mobilität und Integration in Destinationen** Emissionsfreie Reisebusse sollen künftig wirtschaftlich einsetzbar werden. Dafür braucht es aus Sicht der Branche verlässliche Förderung sowie eine leistungsfähige, busgeeignete Ladeinfrastruktur. Diese müsse nicht nur an Betriebshöfen, sondern auch in touristischen Zielgebieten und an passenden Knotenpunkten mitgedacht werden. Auch in Städten und Destinationen sollen Reisebusse nicht verdrängt, sondern intelligent integriert werden. Erforderlich sind geeignete Zufahrten, Halte- und Parkmöglichkeiten sowie passende Ladepunkte. Der Bustourismus wird mit rund 14,5 Milliarden Euro Bruttoumsatz als bedeutender Wirtschaftsfaktor beschrieben; im Gelegenheitsverkehr liegt die Multiplikatorwirkung der Wertschöpfung bei 5,8.

Hersteller aus dieser Kategorie
